Regierungsratsbeschluss vom 01. Juli 2014

Arbeitsgruppenbericht zur IDA NOMEX-Massnahme 18; Vernehmlassung **P140613**

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf zuhanden des Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorats.

Begründung
Der Regierungsrat beurteilt die Vorschläge des Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorats (ENSI) bezüglich Überprüfung des Zonenkonzepts in der Umgebung von Atomkraftwerken kritisch. Die Ereignisse in Fukushima haben gezeigt, dass bei Versagen eines AKW die Freisetzung von Radioaktivität früher einsetzen, länger andauern und grössere räumliche und zeitliche Folgen haben kann, als dies bisher in der Schweiz für den Notfallschutz angenommen worden ist. Das Zonenkonzept und die dazugehörenden Notfallschutzmassnahmen sollten auf diese Szenarien ausgerichtet werden. Den Vorschlag des ENSI, dass bisherige Zonenkonzept beizubehalten, lehnt der Regierungsrat ab. Das Zonenkonzept soll auf die Referenzszenarien mit den grösseren und längeren Radioaktivitätsfreisetzungen ausgerichtet werden. Dabei sind den Auswirkungen und den zeitlichen Gegebenheiten Rechnung zu tragen. Im Minimum soll die bisherige Zone 2 auf einen Radius von 50 Kilometern ausgeweitet werden. Eine Ausweitung der Zone 2 ist konsequent, da insbesondere die beschlossene Vorverteilung der Jodtabletten auch auf 50 km erweitert wurde.

STAATS-KANZLEI BASEL-STADT